

**Vorstand**



## **Kurswechsel für ein solidarisches Europa**

*IG Metall Vorstand: 09. Oktober 2012*

## **Kurswechsel für ein solidarisches Europa**

Die europäische Einigung ist eine große Erfolgsgeschichte. Ein geeintes Europa war nach den traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts eine Vision, deren Realisierung kaum einer für möglich hielt.

Die Europäische Union ist eine Friedensgemeinschaft von demnächst 28 Staaten. Die Europäische Union ist auch eine Wertegemeinschaft basierend auf der gemeinsamen Vorstellung, dass die Marktwirtschaft immer auch sozialer Leitplanken mit dem Ziel eines europäischen Sozialmodells bedarf. Sie ist zudem eine Rechtsgemeinschaft. Und schließlich ist die Europäische Union eine Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Markt von mehr als 500 Millionen Menschen, mit wachsendem Wohlstand seit der Gründung vor mehr als 50 Jahren und den verschiedenen Erweiterungsrounden.

Die Krise der Europäischen Union ist heute auch eine Staatsschuldenkrise. Diese ist Folge von Wirtschaftskrisen und Bankenrettung. Der ausschließlich als Währungsunion gestaltete Euroraum, ohne eine politische Union mit starkem EU-Parlament, erweist sich als größtes Hindernis in der Krisenüberwindung. Die EU befindet sich in einer schwerwiegenden Identitätskrise: Die „Europäische Idee“ wird mehr und mehr diskreditiert, Euroskepsis und Nationalismus nehmen zu. Die EU-kritische Haltung der Menschen wird maßgeblich durch die neoliberale Politik der Europäischen Kommission und vieler Mitgliedsstaaten gefördert und droht, das „Erfolgsprojekt Europa“ und unsere gemeinsame Währung scheitern zu lassen.

Darüber hinaus wird der institutionelle Aufbau der EU der gewachsenen Komplexität und zunehmenden Heterogenität einer Gemeinschaft von bald 28 Mitgliedsstaaten immer weniger gerecht. Die Notwendigkeit für Regierungen und EU-Institutionen, zur Krisenbekämpfung schnell handeln zu müssen, legt die institutionellen Schwächen der EU offen. Schnelle Abstimmungs- und Entscheidungsmechanismen werden aufgrund der Blockadehaltung einzelner Mitgliedsländer zunehmend erschwert. Für die Europäische Union ergibt sich eine doppelte Herausforderung: Es geht zum einen um eine kurzfristige Krisenbewältigung. Zum andern braucht es mittelfristig grundlegende institutionelle Reformen in Richtung einer politischen und sozialen Union Europas, die auf demokratischen Regeln basiert und mit der sich die Menschen Europas identifizieren können.

### **Die IG Metall tritt ein für ein politisch vereintes, wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa!**

- Europa braucht nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik zur Sicherung der industriellen Basis und Wertschöpfung.
- Die Euro-Rettung erfordert eine Gemeinschaftshaftung und eine gemeinschaftliche Kontrolle nationaler Haushalte.
- Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung.
- Die Europäische Union braucht den Rückhalt der Menschen. Dafür muss sie eine soziale Union werden.
- Die Europäische Union braucht die politische Union.

## Nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik

Nachhaltiger Wohlstand in Europa setzt leistungsfähige Industrien voraus. Eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung erfordert eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik der EU. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet neue Wachstumspotenziale und sichert die langfristige Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie. Ein solches europäisches Zukunftsprojekt eröffnet auch Verteilungsspielräume für ein soziales und auf die Konvergenz der Arbeits- und Lebensbedingungen zielendes Europa. Nur die Perspektive eines wirtschaftlich starken, ökologisch und sozial nachhaltigen und demokratischen Europas kann dazu beitragen, die tiefe Identitätskrise der Bürger und Bürgerinnen zum europäischen Einigungsprozess zu überwinden.

Die einseitige Sparpolitik in Europa ist nicht dazu geeignet, die tiefgreifenden Probleme und ihre negativen Auswirkungen auf die Industrie und ihre Beschäftigten zu beseitigen. Im Gegenteil: Die **einseitige Sparpolitik verschärft die Krise** in den am stärksten betroffenen Ländern und hat zu unzumutbaren Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Davon sind Jugendliche und junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen massiv betroffen. In vielen Ländern hat eine gut ausgebildete junge Generation keine Aussicht auf sichere und gute Arbeitsplätze. Nur die Kombination von Schuldenabbau mit gezielten **Wachstumsprogrammen** schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Überwindung der Krise ohne inakzeptable soziale Kosten.

Um die Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie zu sichern, muss sie sich dem sozial-ökologischen Wandel und Aufbau öffnen. Um die gesellschaftlichen Megatrends der Zukunft zu meistern, muss die europäische Industrie ressourceneffizienter werden, den demografischen Wandel einbeziehen und die Energiewende sowie die Mobilitätsentwicklung zu ihren Themen machen. Ressourceneffizienz und ökologische Nachhaltigkeit bei Material und Energie ist ein Produktivitätspotenzial, das eine neue Wachstumsdynamik ermöglicht. Statt der Förderung spekulativer Finanzanlagen, muss die Investitionstätigkeit des privaten Sektors auf Investitionen zum ökologischen Um- und Aufbau gelenkt werden. Hierzu erforderlich sind auch gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur, die auch von staatlicher Seite aktiv getätigt werden müssen.

Hierfür bietet die Europa 2020-Strategie mit ihren fünf Kernzielen eine Basis, die es weiter zu entwickeln gilt. Kurzfristig geht es darum, bei der Budgetsteuerung der EU, diese entsprechend der dort verankerten Ziele auszurichten und Fehlallokationen, insbesondere im Agrarsektor, zu beenden.

Es geht um nicht weniger als die langfristige Sicherung der industriellen Basis, Wertschöpfung und Innovationskraft in Europa. Eine erfolgreiche europäische Industriepolitik ist auf eine eigene Produktion in Schlüsselindustrien angewiesen.

Die Einführung des Euro war mit der Erwartung verbunden, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung, die Produktivität der Unternehmen und die Inflationsraten der Euro-Länder „wie von selbst“ angleichen werden. Diese Erwartung wurde in dramatischer Weise enttäuscht. In einem gemeinsamen Währungsraum sind unabhängige nationale Geld-, Zins- und Wechselkurspolitiken nicht mehr möglich. Es bleiben nur die Lohn- und Steuerpolitik und die Staatsausgaben als „Stellschrauben“ eigenständiger Wirtschaftspolitik.

Eine wichtige Ursache für die Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa ist jetzt erst in ihrem Ausmaß erkennbar: Ein gemeinsamer europäischer Währungsraum kann nur funktionieren, wenn die Euro-Länder gleichzeitig ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik untereinander abstimmen. Die IG Metall fordert eine **demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik** für Europa und eine vom EU-Parlament demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung. Diese soll sich soziale und ökologische Ziele setzen und durch eine gemeinsame Umwelt-, Sozial- und Infrastrukturpolitik flankiert werden.

Diese Wirtschaftsregierung koordiniert die Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedsstaaten und stärkt damit die Handlungsfähigkeit der Exekutive, so dass der Integrationsprozess in der Europäischen Union auf dem Weg hin zu einer politischen Union maßgeblich vorangebracht werden kann. Die Umsetzung einer europäischen Koordinierungspolitik wird durch die Prozesse der Mitbestimmung in den Arbeitsbeziehungen ermöglicht. Die Mitbestimmung bildet den Unterbau Europas in den Betrieben.

Die Umsetzung einer demokratisch legitimierten Wirtschaftspolitik erfordert in den Unternehmen ein hohes Maß an Mitbestimmung. Die Grundlagen für eine starke und aktive Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen müssen sowohl in der Praxis als auch rechtlich auf europäischer Ebene weiter ausgebaut werden. Gerade in Zeiten der Krise, wenn Umstrukturierungsprozesse sich auf die Beschäftigten auszuwirken drohen, muss das Machtgefüge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite ausbalanciert sein.

Die IG Metall fordert für Europa erweiterte Gesetzgebungskompetenzen in der Steuerpolitik, eigene Steuermittel und eine eigene Steuerhoheit. Nur so kann Steuerdumping in Europa künftig verhindert werden. Der Wettbewerb um die geringsten Steuern und das gegenseitige Auspielen der Mitgliedsländer muss verhindert werden. Die EU braucht Mindestregeln (Bemessungsgrundlagen und Steuersätze) für die Besteuerung von Kapital und Unternehmen.

Auch die **Gewerkschaften** müssen einen Steuerungsbeitrag in einer gemeinsamen Währungsunion leisten. Dies gilt insbesondere für die **Lohnkoordination**. Die Abstimmung der Lohnpolitik zwischen den Euro-Ländern ist notwendig, um den Währungsraum zu stabilisieren. Die europäischen Gewerkschaften haben bereits erste Instrumente für die Lohnkoordination entwickelt (Lohnkoordinierungsformel des EMB). Diese sind umzusetzen und weiterzuentwickeln, um ein weiteres Auseinanderdriften der Lebensstandards in Europa zu vermeiden. Ebenso ist die Lohnkoordination der europäischen Gewerkschaften als Teil einer auf soziale Wohlfahrt und Stabilität gerichteten europaweiten Verteilungs- und Wirtschaftspolitik zu verstehen. Die Koordinierung hat zwingend durch die Gewerkschaften zu erfolgen. Angriffe der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds („Troika“) auf die Tarifautonomie der Arbeitsmarktparteien werden von der IG Metall entschieden abgelehnt.

Gewerkschaftliche Lohnkoordination ist nur wirksam, soweit gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit gegeben ist und Tarifabschlüsse durch Tarifbindung der Betriebe sich auch in der Entwicklung der Realeinkommen und Arbeitsbedingungen wiederfinden. Gegen beides steht die weitgehende Deregulierung der Arbeitsmärkte, wie sie auf der Blaupause der deutschen Agenda-Politik zum Leitbild einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in vielen Ländern Europas wurde. Der massive Zuwachs deregulierter, oft prekärer Arbeitsverhältnisse hemmt nicht nur gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit, sondern führt zur Ausweitung faktisch tariffreier Zonen. **Eine neue Ordnung auf dem europäischen Arbeitsmarkt ist gefordert.** Diese muss gesicherte, durch Tarifverträge gestaltete Arbeitsverhältnisse nicht nur schützen und fördern, sondern dazu beitragen, Prekarität zurückzudrängen.

## Die Euro-Rettung erfordert eine Gemeinschaftshaftung und eine gemeinschaftliche Kontrolle nationaler Haushalte

Eine wesentliche Ursache für die Situation vieler Staaten im Euroraum ist die einseitige Konstruktion des Maastrichter Vertrags. Die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten konnten nicht mehr durch eine Abwertung nationaler Währungen ausgeglichen werden. Die Lohnpolitik war als Ausgleichsmechanismus überfordert.

**Die IG Metall tritt ausdrücklich für den Fortbestand des Euro ein.** Sie befürwortet grundsätzlich eine **Gemeinschaftshaftung**, um eine solidarische Finanzierung der Defizitländer langfristig zu gewährleisten und das Insolvenzrisiko für einzelne Länder zu vermindern. Dadurch können die Finanzierungslasten der Defizitländer reduziert werden. Das bedeutet, dass diese Länder weniger Zinsen für ihre Schulden zahlen müssen und

dadurch schneller wieder aus der Krise kommen. Das heißt allerdings auch, dass weniger verschuldete Länder wie Deutschland mehr für ihre eigenen Schulden bezahlen müssen. Diese zusätzlichen Kosten für Deutschland und die anderen Überschussländer sind jedoch geringer, als der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und ihre exportorientierte Industrie.

Eine **strenge** gemeinschaftliche **Kontrolle** über **nationale Haushalte** und eine gemeinschaftliche Haftung gehen Hand in Hand. Dies erfordert Veränderungen nationaler Souveränitätsrechte gegenüber den europäischen Institutionen. Die IG Metall fordert dabei einen Ausbau der demokratischen Entscheidungsstrukturen über das Europäische Parlament und den Einbezug direkter Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger und Bürgerinnen Europas. Unter den heutigen Rahmenbedingungen bleibt die Entscheidung, ob die vereinbarten Budgetziele über die Einnahmen- oder die Ausgabenseite erreicht werden, den nationalen Parlamenten unterworfen.

Ein Schuldentilgungspakt könnte die vorübergehende gemeinsame Finanzierung der Staatsverschuldung über der 60%-Schwelle des Bruttoinlandsproduktes übernehmen. Auf diese Weise würde er einen erheblichen Beitrag zur mittel- und langfristigen Krisenbewältigung leisten.

Die IG Metall hält es für vertretbar, dass die Europäische Zentralbank (EZB) als vorübergehende Maßnahme die öffentlichen Haushalte in den höchst verschuldeten Ländern der Währungsunion direkt durch den Kauf von Staatsanleihen am Primärmarkt unterstützt.

Die IG Metall befürwortet zudem eine Intervention des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Der Rettungsschirm ESM kann damit weiter zur Stabilisierung der Krisenstaaten mit Kreditvergaben ausgebaut werden. Mit diesen Maßnahmen wird garantiert, dass stark verschuldete Länder Finanzmittel aufnehmen können und vor Spekulation auf den Staatsbankrott geschützt werden.

Die Eurostaaten unterwerfen sich bei Hilfsanträgen an ESM (und ESFS) sowie der EZB einer faktischen Wirtschaftsregierung, allerdings ohne demokratische Legitimation und Kontrolle. Die betroffenen Regierungen verpflichten sich durch den Fiskalpakt zu rigiden Sparmaßnahmen und Kürzungen, insbesondere im sozialen Bereich, aber auch bei den Entgelten. Die weitere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Veräußerung von Gemeingütern sind ebenfalls Teil dieser Sparpolitik. Die IG Metall lehnt die Angriffe auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Europa ab.

## Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Industrie in Europa müssen dringend verbessert werden. Banken müssen der Realwirtschaft dienen. Die gesellschaftliche Aufgabe von Banken besteht in der Sicherstellung der Finanzierung von Unternehmen und nicht in der Spekulation mit hochriskanten und undurchsichtigen Finanzprodukten. Als Mitverursacher der Krise müssen die Banken an den Kosten zur Überwindung der Krise beteiligt werden.

Die IG Metall fordert eine weitreichende Regulierung der europäischen Finanzmärkte, u.a.

- die Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts der Banken vom sogenannten Investmentbanking. Während bei der Einlagensicherung der Staat mit bürgt, muss beim Investmentbanking ausschließlich die Haftung des Eigentümers greifen;
- europaweites Verbot von Leerverkäufen;
- Regulierung von hochspekulativen, mehrstufig verbrieften Kreditpapieren und der Einführung eines „Finanzprodukt-TÜV“;
- straffe Regulierung von Derivaten;
- Beschränkung des Hochfrequenzhandels.

Die Finanzmarktregulierung beinhaltet auch eine **Finanztransaktionssteuer (FTS)**, deren Ziel es ist, hochspekulative Finanzgeschäfte unattraktiv zu machen. Es ist ökonomisch sinnvoll und politisch wünschenswert, die Finanztransaktionssteuer im globalen oder zumindest im EU-Rahmen zu erheben. Realisierbar ist das in absehbarer Zeit jedoch nicht. Als zweitbeste Lösung bietet sich daher eine Einführung innerhalb der Eurozone an - oder auch nur durch wesentliche Mitgliedsländer der Eurozone.

Europa braucht eine wirksame europäische **Bankenaufsicht**. Dies gilt insbesondere für systemrelevante und international tätige Banken. Die Eigenkapitalquoten von Banken sind zu erhöhen, um zu verhindern, dass Banken im Krisenfall erneut von den Steuerzahlern gerettet werden müssen. In den EU- Mitgliedsstaaten sind **Einlagensicherungssysteme** der Banken verbindlich einzuführen. Für systemrelevante Banken, die europaweit tätig sind, ist ein europaweites Einlagensicherungssystem erforderlich. Die EU braucht eine **europäische Ratingagentur**, die als öffentliche (nicht privatwirtschaftlich organisierte) und unabhängige Institution zu etablieren ist.

Die IG Metall tritt für das **Trennbankensystem** ein. Um die „systemischen“ Risiken durch Fehlinvestitionen der Universalbanken zu begrenzen, sollten Investmentbanking und traditionelles Bankgeschäft strikt voneinander getrennt werden.

Stärkere Regulierungen sind – neben den Finanzmärkten – auch auf den Rohstoffmärkten notwendig. Um hier Spekulationen und unübersichtlich volatilen Preisen vorzubeugen und den Zugang zu Rohstoffen für alle Marktteilnehmer gleichermaßen fair zu gestalten, muss auch - beispielsweise die Londoner Rohstoffbörse - in den Blick der Regulierungsmaßnahmen rücken.

Insgesamt würden diese Regulierungsmaßnahmen erste Schritte in Richtung Solidarunion und Politischer Union bedeuten und eine wichtige Grundlagen für die nachhaltige Stabilisierung des gemeinsamen Währungsraums schaffen.

**Die Europäische Union braucht den Rückhalt der Menschen. Dafür muss sie eine soziale Union werden.**

Die IG Metall fordert, dass Europa sich endlich wieder den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zuwendet. Die sozialen und wirtschaftlichen Ängste der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Viele Menschen in Europa haben den Eindruck, dass die Politik der EU vor allem die Interessen von Unternehmen und ihren Lobbyisten bedient. Als Folge daraus wird die Politik der Europäischen Union vielfach als Bedrohung empfunden. Die Attraktivität des „europäischen Projektes“ leidet unter der sozialen Schieflage, die wir derzeit erleben müssen. Die sozialen Grundrechte, wie es die Grundrechtecharta im Vertrag von Lissabon festlegt, müssen endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben.

Die IG Metall fordert gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften eine „Soziale Fortschrittsklausel“ für die Europäische Union als integraler Bestandteil des europäischen Primärrechts. Damit werden nationale Errungenschaften, wie Gewerkschaftsrechte und Tarifvertragssysteme, gesichert.

Die Entwicklung von gemeinsamen hohen sozialen Mindeststandards muss eine Priorität für das soziale Europa sein. Bis dahin gilt es, nationale Errungenschaften in der Sozialpolitik zu verteidigen. Die IG Metall wendet sich nachdrücklich gegen jegliche Tendenz zu weiterer Prekarisierung der Arbeit und kann das „Flexicurity“-Konzept nur befürworten, wenn der Sicherheitsaspekt in den Vordergrund gestellt wird. Die sozialen Systeme sind so zu gestalten, dass sie den Menschen in der EU Chancengleichheit, Teilhabemöglichkeiten, soziale Inklusion und Absicherung gegen wesentliche Lebensrisiken gewährleisten. Insbesondere ist eine Diskriminierung von Frauen und Migranten in Betrieb und Gesellschaft abzubauen. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, unsichere Beschäftigungsverhältnisse auch für junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zurückzudrängen.

Die IG Metall schlägt daher einen **Sozialpakt** für Europa vor. Ein solcher Sozialpakt kann die notwendige Ausgewogenheit und Abstimmung bei den von den Mitgliedsländern durchgeführten Sozialpolitiken und den Rahmenvorgaben durch Brüssel schaffen.

Der Sozialpakt hat die folgenden wesentlichen Elemente:

Erstens ist **Ordnung** auf den **europäischen Arbeitsmärkten** herzustellen. Dafür sind Maßnahmen erforderlich, die die weitere Ausbreitung des Niedriglohnsektors und der Lohnspreizung in Europa verhindern. Gleiche Löhne und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort muss als Grundsatz festgeschrieben werden.

Zweitens muss **Sozialdumping bekämpft** werden. Neben dem Zurückdrängen prekärer Beschäftigung kann Sozialdumping mit Mindestlöhnen in jenen Sektoren bekämpft werden, wo diese notwendig sind.

Drittens fordert die IG Metall **stärkere Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreter** und ihrer Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene. Beteiligung, Demokratie und Mitbestimmung in den Unternehmen sind die Grundpfeiler des sozialen Europas. Diese Grundpfeiler haben sich in der Krise nach 2008 bewährt und in Deutschland zur erfolgreichen Überwindung der Krise beigetragen. Starke europäische Industrien und Dienstleistungen brauchen starke, handlungsfähige Gewerkschaften und kompetente Arbeitnehmervertreter.

## Die EU braucht die politische Union

Die Entwicklungen seit Ausbruch der Finanzmarktkrise hin zur Refinanzierungskrise der Staatsschulden haben gravierende Konstruktionsmängel im institutionellen Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion offengelegt. Es wurde offenbar, dass der Fortbestand der Union ohne eine Vertiefung der **politischen Integration** nicht zu haben ist.

Angesichts der Erfahrungen des Euro-Krisenmanagements bietet sich für die Fortentwicklung der europäischen Integration eine „Doppelstrategie“ an. Einerseits geht es um kurzfristige Ansätze, die innerhalb des bestehenden EU-Vertragsrahmens zwischenstaatlich realisiert werden können. Andererseits wird mittelfristig eine neue Vertragsgrundlage für die Europäische Union benötigt, um die „Geburtsfehler“ der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) zu überwinden und die Voraussetzungen für eine politische Union zu schaffen. Ausgangspunkt der Vertiefung der europäischen Integration ist ein Kerneuropa, das aus den Mitgliedsländern der Wirtschafts- und Währungsunion besteht.

Kernziel der institutionellen Reformen sollte eine **eigenständige demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik** auf europäischer Ebene sein. Dies wird eine Verlagerung nationaler Zuständigkeiten im Bereich der Fiskal- und Wirtschaftspolitik und einen handlungsfähigen Haushalt in Richtung der EU erfordern. Ein „starkes Europa“ kann es ohne entsprechende EU-Kompetenzen nicht geben. Dies erfordert die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene.

Eine erste zentrale Säule der europäischen Wirtschaftsregierung ist eine **Fiskalunion** mit erweiterten Gesetzgebungskompetenzen in der Steuerpolitik bzw. eine mit eigener Steuerhoheit ausgestatteten Union. Mit oder ohne eigene Steuerhoheit benötigt die EU einen signifikant erhöhten Gemeinschaftshaushalt, um die auf Jahre anhaltenden Reformen einzelner schwächerer Mitgliedstaaten flankieren zu können.

Die IG Metall fordert eine deutliche weitere **Stärkung des Europäischen Parlaments**, das mit weitreichenden Kontroll- und Initiativrechten auszustatten ist. Das Parlament sollte künftig nach einem vereinheitlichten Wahlrecht mit transnationalen Wahllisten gewählt werden. Dies wiederum verlangt eine Ausweitung des Rechtsstatus und der finanziellen Ausstattung der Europäischen Parteien.

Das Europäische Parlament sollte darüber hinaus das Recht erhalten, eigene europäische Gesetzesinitiativen zu beraten und zu beschließen. Ein weiteres unverzichtbares Reform-

element stellt die Wahl der Kommissionsspitze dar. Nur so wird die EU-Kommission zu einer „echten“ europäischen Regierung.

Die direkte Interessenvertretung der EU-Mitgliedsländer ist ebenfalls zu verbessern. Das Ziel europäischer Integration kann jedoch nach jetzigem Stand der Dinge nicht ein europäischer Föderalstaat deutschen Typs sein. Die historisch gewachsenen Eigenheiten der EU-Mitgliedsländer lassen eine solche Perspektive nicht zu. Die IG Metall unterstützt den Vorschlag der **Einrichtung eines „Europäischen Konvents“**, der in einer breiten gesellschaftlichen Debatte und umfassender demokratischer Beteiligung die Vertragsgrundlagen für eine politische und soziale Europäische Union erarbeitet.